

ten heraus, die versuchte, die Probleme in den einzelnen Ländern und in den einzelnen Universitäten herauszuarbeiten, und die ernsthaft nach Möglichkeiten suchte, wie eine einzelne Gruppe an deren Lösung mitarbeiten könnte; dazu gehörten die französisch-sprachigen Studenten, einige Vertreter der Gruppen in Accra und Kumasi und vereinzelte Nigerianer. Die stärkere Gruppe unter der Führung der zur Zeit amtierenden offiziellen Vertreter des nigerianischen Verbandes katholischer Studenten (1200 Mitglieder!) vertrat hingegen Prinzipien, die zum Teil aus der traditionellen Haltung verschiedener Stämme bzw. deren Führer, zum Teil aus dem Getto-Katholizismus der „braven Missionskinder“ und den Reaktionen darauf zu erklären sind. Aufgabe einer katholischen Studentenorganisation war für diese Seite die Repräsentation, nicht die Erziehungsarbeit, die regelmäßige Ausarbeitung von Katalogen mit Beschwerden über Bischöfe und Priester, nicht aber eine eigene produktive Arbeit, die Vorbereitung auf ein gesellschaftlich gehobenes Leben in der Stadt, nicht aber die Übernahme von Verantwortung auch für den einfachen Mann. Nach einem Referat über die Mitarbeit in den neutralen nationalen Studentenverbänden (die in der Mehrzahl heute sowohl der westlich orientierten ISC als auch dem stark rot gefärbten IUS angehören) wurde auch über das Problem des Kommunismus gesprochen. Dabei zeichneten sich die profilierten Führer der zuletzt erwähnten Gruppe durch einen ziemlich beschränkten Antikommunismus aus und protestierten gegen eine sachliche Auseinandersetzung mit einer Anzahl von Argumenten, die von fellow-travellers vorgetragen wurden (diese gehörten nicht zu den Delegierten und waren nur zu dieser Diskussion erschienen). „Wir bitten“, hieß es in einem Antrag, „derartige Diskussionsbeiträge wegen ihres verderblichen Einflusses nicht zuzulassen.“

In den ersten Tagen wurden die Arbeitskreise zweifelsohne von der „Repräsentations-Gruppe“ beherrscht. Das änderte sich aber vor allem dadurch, daß die Vertreter aus Senegal, aus Dahomey und dem Kongo immer wieder beispielhaft von ihrer Arbeit erzählten. Wurde zunächst immer wieder diskutiert, was der Priester tun sollte, so kam man schließlich doch zu der Einsicht, daß es darauf ankomme, was man selber tun könne. Die Schlußresolutionen (die tatsächlich erst während des Seminars erarbeitet wurden und nicht — wie sonst oft üblich, etwa bei dem fast gleichzeitig stattfindenden kommunistisch dominierten Studententreffen am gleichen Ort — schon im voraus festlagen) spiegeln diese Bewußtseinsänderung wider. In den Resolutionen werden die katholischen Studenten aufgefordert, ihre staatsbürgerlichen Pflichten zu erfüllen, sich politisch zu betätigen, sich um ein intensives Wissen über die Probleme ihrer Gesellschaft zu bemühen, am Aufbau ihrer Nationen mitzuarbeiten. „Durch die Mitarbeit in Sozialwerken“, heißt es unter anderem, „entwickelt der Student einen Sinn für den selbstlosen Dienst, für Berufung, für Selbstvertrauen, für körperliche Arbeit und für Verantwortung, für Qualitäten, die Führerpersönlichkeiten auszeichnen sollten.“ Die Hauptakzente in den Beschlüssen liegen einerseits auf dem (bisher weithin noch fehlenden) Interesse an einem Engagement in der sozialen Arbeit wie andererseits auf einer verständigen Zusammenarbeit mit Nichtkatholiken.

Aufgaben des Studentenseminars

Der für das neugegründete afrikanische Sekretariat der Pax Romana verantwortliche geistliche Mitarbeiter, Fa-

ther Anderson, benutzte die Schlußveranstaltung des Seminars dazu, um über die Rolle des Priesters in der Studentengruppe zu sprechen. Dabei legte er das Hauptaugenmerk auf Haltungen, die bisher nicht von jedem mit Studenten arbeitenden Priester in Afrika anerkannt sind. Er versuchte, sechs Grundregeln aufzustellen: „Der Priester sollte an den Studenten interessiert sein. Er sollte sich ihnen soweit wie möglich zur Verfügung stellen und ihnen nicht sein Haus verriegeln. Er sollte die Sakramente so leicht wie möglich zugänglich machen, nicht nur von 6—7 Uhr morgens. Er sollte niemals direkt führen. Er sollte den Verantwortlichen einer Gruppe helfen, ihre Probleme zu formulieren. Er sollte schließlich den Studenten dabei behilflich sein, ihren Glauben in der rechten Weise wachsen zu lassen.“ Der Schlußsatz seiner Ausführungen klang in diesem Kreise immer noch revolutionär: „Alles soll vom Laien, aber nichts sollte ohne den Priester getan werden.“

Über den Erfolg eines derartigen Treffens läßt sich naturgemäß wenig aussagen. Möglicherweise zeigen aber einige praktische Folgen des Seminars, in welcher Richtung die Arbeit weitergehen wird. Am Schluß des Treffens lag ein Beschluß der nigerianischen Bischofskonferenz vor, zunächst einen hauptamtlichen Studentenpfarrer für ganz Nigeria einzusetzen. Ein nigerianischer Jungakademiker übernahm den Posten eines afrikanischen Regionalsekretärs in Léopoldville. Die nächsten von der Pax Romana in Afrika organisierten Treffen werden jeweils mit einem work-camp verbunden werden. Ein in Ibadan konstituierter Verband west- und zentralafrikanischer katholischer Studentenorganisationen setzt sich Zusammenarbeit, Studentenaustausch und die Förderung von work-camps zum Ziel.

Ökumenische Nachrichten

11. Deutscher Evangelischer Kirchentag in Dortmund

Der diesjährige 11. Deutsche Evangelische Kirchentag, der vom 24. bis 28. Juli 1963 in Dortmund tagte, im nördlichen Ruhrgebiet und im Industrievorort des Erzbistums Paderborn, unterschied sich weitgehend von allen früheren, wenn sich auch schon auf dem 10. Kirchentag 1961 in Berlin die Kritik an seiner Überfremdung durch restaurative Kirchenleitungen und der Absprung in moderne Experimente zur Erreichung der Abständigen zeigten (vgl. Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 20 f.). Zum erstenmal war als Leitwort nicht ein Bibelspruch, sondern eine praktische Maxime gewählt worden, die aus einer Entschließung der Weltkirchenkonferenz von Neu-Delhi stammt: „Mit Konflikten leben“, nachgebildet dem geflügelten Wort von Friedrich von Weizsäcker: „Mit der Bombe leben“.

Neu war das völlige Fehlen der Glaubensbrüder aus der Zone. Neu war auch das Fehlen der meisten Bischöfe, die entweder auf der Faith-and-Order-Konferenz in Montreal oder auf der 4. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Helsinki waren, obwohl Dortmund zeitlich etwa zwischen diesen beiden ökumenischen Veranstaltungen lag. Dieses Fehlen hat sich nicht zum Schaden ausgewirkt, es dürfte aber auch wenig genutzt haben, da sich die Bischöfe von den stürmisch vorgetragenen Forderungen zu einer Kirchenreform, vertreten wie schon in Berlin durch Dr. Rudolf v. Thadden, sozusagen nicht direkt angesprochen fühlen werden, zumal die Zehn Thesen zur Kirchenreform jeder dogmatischen Präzision ent-

behren (vgl. den Text in: „Evangelische Welt“ Nr. 16, 16. 8. 63, S. 483 f.).

Erschließung der Wirklichkeit?

Die eigentliche Aufgabe des Kirchentages war es, seine Teilnehmer mit der Wirklichkeit zu konfrontieren und sie zum Gespräch zu öffnen. Dafür wurden an die hundert Diskussionsgruppen gebildet, die am Vormittag tätig waren, während die großen Referate am Nachmittag stattfanden. Das Generalthema war für die Diskussionen aufgegliedert in drei Unterthemen: „Isoliert in der Welt — Organisiert in der Welt — Gehalten in der Welt“. Daneben trat wie immer die Bibelarbeit, die wiederum für viele den eigentlichen Ertrag des Kirchentages bedeutet hat. Pfarrer Lüthi aus Bern, bekannt durch seine Bibelbücher, zog die Menschen am meisten an. Große Wirkung wird auch den Evangelisationsvorträgen des Kirchenpräsidenten Martin Niemöller über „Christus 1963“ nachgesagt, worin er u. a. bemerkte: „Die Angst vor dem Sieg der Unmenschlichkeit ist heute beinahe schon zum Normalzustand geworden.“ Die entscheidende Lebensfrage für die Menschheit sei, wie sie von dieser Unmenschlichkeit befreit werden kann.

Das Hauptgewicht des Kirchentages lag im Sinne seiner auf Reizwirkungen bedachten Veranstalter auf dem Experiment mit allen modernen Mitteln und auf Veranstaltungen mit Show-Charakter. Damit hoffte man, den 13 000 Dauerteilnehmern, darunter 3000 Jugendliche und 1000 Bundeswehrsoldaten, ungerechnet die etwa 900 ausländischen Gäste aus der Ökumene, das Evangelium aktuell zu machen und über die Grenzen der unmittelbaren Teilnehmer hinaus zu wirken. Dazu waren noch besondere Straßenmissionare eingesetzt, die mit viel Lebenserfahrung nach der Methode Seifenkiste von Hyde-Park-Corner, London, für den Herrgott Reklame machten. Pressereporter, die naturgemäß diese Versuche aufmerksam verfolgten, waren nach dem Augenschein nicht davon überzeugt, daß die Kumpel darauf positiv reagierten (vgl. die Berichte von Dietrich Strotmann: „Wenn die Kirche vor Ort geht“ in: „Die Zeit“, vom 2. 8. 63, und von Chr. Schütze: „Christus am Zechentor“ in: „Stuttgarter Zeitung“, vom 27. 7. 63). Die Diskussionsgruppen wurden soweit wie möglich mit sog. Anspiel-filmen eröffnet. Sie führten ein brennendes Alltagsproblem vor und kamen so dem wesentlich optisch ausgerichteten Interesse des heutigen Menschen entgegen, wie es heißt, mit Erfolg. Die Gespräche liefen gut an. Da es nicht beabsichtigt war, sie auf bestimmte geistliche Parolen zu sammeln, außer eben dieser, daß jeder Christ seinen Konflikten standhalten lernen muß, kann niemand recht sagen, was dabei herausgekommen ist.

Ernste Späße

Die Versuche mit Jazz, Lichtbildern und Dialogpredigten bei Gottesdiensten waren nicht neu, aber sie wurden diesmal, anscheinend zur Freude der Jugend, in großer Breite praktiziert. Natürlich erfreute sich das Kirchentagskabarett „K(l)eine Experimente“ großer Anteilnahme. Mit treffsicherer Ironie wurden von acht namhaften Autoren in 17 Nummern verschiedene auffallende kirchliche Erscheinungen aufs Korn genommen, darunter die Kirchenführer, die „Mercedes-apostolorum“ zu reisen pflegen. Ein Programmpunkt handelte „Von der Pracht des weiblichen Theologen“, der Telephoneseelsorge usw., immer mit der durchaus geistlichen Zielsetzung, die Zu-

schauer über ihre jämmerliche Christlichkeit nachdenken zu lassen, nach dem Choral „Mit unser Macht ist nichts getan...“ Dazu dienten auch die zehn Szenen „Aus dem Leben des Herrn Jedermann“, die abends die Westfalenhalle füllten, und vor allem die drei Abende über das „Knall-Thema“ des Kirchentages: „Wach auf, du verrotter Christ“, oder: „Provokation von Bert Brecht“. Brecht wurde von literarischen Sachverständigen vorgeführt, durchaus als das, was er war, nämlich als „Kirchenvater des Atheismus“ und ziemlich treuer Kommunist, aber eben deshalb war man bereit, seine Kritik am Christen anzuhören und anzunehmen. Diese Auseinandersetzung mit Brecht wurde am letzten Abend mit einer Podiums-Diskussion unter Leitung des Rundfunk-Intendanten Dr. Klaus v. Bismarck beschlossen.

Katholischen Beobachtern mag das unheimlich gewagt und intellektuell vorkommen, aber man sollte darüber auch die andere Seite dieses Kirchentages nicht vergessen, z. B. daß täglich 80—100 Menschen die gebotene Möglichkeit der Einzelbeichte wahrnahmen. Dafür standen etwa 80 Pfarrer mit zwanzig Ärzten, Juristen und anderen Sachverständigen bereit.

Daß es auch sehr ernste Diskussionen gab, zeigte wieder die auf den Kirchentagen gepflegte Arbeitsgemeinschaft „Juden und Christen“, die wesentlich von dem jüdischen Gelehrten Dr. Ernst L. Ehrlich aus Basel und dem Göttinger Alttestamentler Prof. Walther Zimmerli getragen wurde. (Zum Inhalt der wertvollen Vorträge vgl. die ausführlichen Wiedergaben in: „Evangelische Welt“ Nr. 16, 16. 8. 63.) Zimmerli, der über „Die Schuld am Kreuz“ sprach, mahnte die Kirchen zum Erschrecken und zur Umkehr angesichts der unheilvollen Folgen, die die Behauptung von den Juden als den „Christusmördern“ angerichtet habe, und Dr. Ehrlich rückte die Lehre der Pharisäer und die Lehre Jesu näher zusammen, als das gemeinhin in der Öffentlichkeit bekannt ist.

Zum Gesamt des 11. Deutschen Evangelischen Kirchentages mag die Frage erlaubt sein, ob nicht zwischen dem Versagen der lutherischen Theologen in Helsinki, die einst so fesselnde und heute zugegebenermaßen nicht mehr ankommende Rechtfertigungslehre Luthers aktuell zu interpretieren (vgl. ds. Heft, S. 17), und der beängstigenden Zerstreuung des Evangeliums in Dortmund ein geheimer Zusammenhang besteht, der auch für Katholiken viel Nachdenkliches enthält.

Katholische Brüderlichkeit

Der Erzbischof von Paderborn, Dr. Lorenz Jaeger, hatte in einem herzlichen Begrüßungswort angekündigt, er würde gern den Vertretern des Kirchentages einen ähnlichen Empfang geben, wie das Landesbischof Lilje das Jahr zuvor mit dem Katholikentag in Hannover getan hatte. Leider wurde er durch seine ernste Krankheit daran gehindert. Aber die Katholiken Dortmunds hatten das Ihre getan und Quartiere bereitgestellt. Präses Scharf dankte auf dem von Weihbischof Dr. Paul Nordhues veranstalteten Empfang in der Dortmunder „Krone“ mit bewegten Worten für die in 300 000 Exemplaren erschienene Sondernummer des Dortmunder katholischen Kirchenblattes. Er habe erst nach längerer Lektüre bemerkt, daß es sich um eine katholische Zeitung handelte. Weihbischof Nordhues betonte in seiner Ansprache die „trotz allem gemeinsamen Fundamente“ des Glaubens und gab eine informationsreiche Erklärung zu gewissen Erwartungen hinsichtlich des Konzils ab: es sei kaum zu

erwarten, daß die Konzilsväter einen Weg finden würden, der zu hinreichender Klärung der Frage nach der Gliedschaft in der Kirche führen könnte. „Ich bin der Meinung, es liegt nicht in der Absicht des Konzils, und es hat auch nicht in der Intention des verstorbenen Papstes gestanden, diese Frage endgültig klären zu wollen.“ Es schienen die nötigen theologischen Vorarbeiten zu fehlen, aber Christus solle als Fundament und Quelle des Lebens für alle Menschen, besonders für alle Getauften, verkündet werden. Die Taufe sei die entscheidende Basis für das Bewußtsein christlicher Brüderlichkeit. Was die Veranstaltungen des Kirchentages betreffe, so widerspreche er offensichtlich der ständigen Klage über die Abwesenheit Gottes in der modernen Welt und ihrer industriellen Gesellschaft. Diese Ausführungen ergänzte später Prälat Prof. E. Stakemeier, Paderborn, Peritus des Konzils und Direktor des Johann-Adam-Möhler-Instituts, durch ein Interview mit dem Paderborner Sonntagsblatt „Der Dom“. Er gab den evangelischen Brüdern den Rat, „die Mischehenfrage redlicherweise nicht als Testfall für die ökumenische Gesinnung des Vatikanischen Konzils zu betrachten“, da das Konzil nicht eine Sonderregelung für Deutschland beschließen könne.

Einen wertvollen Dienst leistete Prälat Bernhard Hanssler den Besuchern des Kirchentages auf dem gemeinsam mit dem Generalsekretär Dr. Hans Hermann Walz bestrittenen Abend „Gläubige sind Schuldner“, zur christlichen Politik als konsequenter Dienstbereitschaft. Er skizzierte zunächst den allgemeinen Beitrag der Kirche zum Ringen des Menschen um Selbstverwirklichung in Gesellschaft und Geschichte und erklärte dann den evangelischen Hörern das ihnen so fremde katholische Naturrecht, das nichts anderes sei als „die Struktur der Wirklichkeit selbst“, wie sie der Schöpfer angelegt habe. In diesem Zusammenhang gab er eine ernste Aufgabe für alle Christen zu bedenken: „Es ist sogar denkbar, daß einmal Zeiten kommen werden — wenn sie nicht schon da sind —, in denen die Grundwerte unserer Gesellschaft durch die entfesselten Mächte einer völlig rational durchkonstruierten und unmenschlich gewordenen Welt oder durch totalitär gesinnte Machttechniker so sehr bedroht sind, daß der Kirche die Verantwortung für das Gottesbild im Menschen, also für seinen Schöpfungssinn, zufällt. Was Biologie, Medizin, Technik in Zukunft vermögen, würde zur Zerstörung der Kultur werden, wenn nicht eine sittlich-religiöse Ehrfurcht vor Gottes Schöpfung davon abhält, den Menschen zu manipulieren und ihn im Kern seiner gottgeschaffenen Natur anzutasten.“

Vom Zentralausschuß des Weltrates der Kirchen in Rochester Die alljährlichen Tagungen der eigentlich maßgebenden Versammlung des Weltrates der Kirchen, des 100köpfigen Zentralausschusses, nehmen die Berichte des Generalsekretärs, des Exekutivausschusses und aller übrigen Abteilungen des Weltrates, darunter auch des Finanzausschusses, entgegen und beschließen nach den Vorschlägen des Weisungsausschusses die Grundlinien für die Arbeit des folgenden Jahres. Diesmal fand die Tagung in Rochester (N. Y., USA) vom 26. August bis zum 2. September 1963 statt. Dank des beispielhaften Dienstes der Informationsabteilung des Weltrates, die uns in großzügigster Weise Tag für Tag, ebenso wie bei der Faith-and-Order-Tagung in Montreal, die Originaldokumente auf dem schnellsten Wege zusandte, sind wir in der glücklichen Lage, noch vor

Erscheinen der gedruckten „Minutes and Reports“, die auch die Diskussionsprotokolle enthalten werden, aus der sehr umfassenden Materie jetzt schon die Teile herauszunehmen, die katholische Leser unmittelbar angehen. Das sind vor allem die vielseitigen Dokumente zum Thema Konzil und römisch-katholische Kirche. Vorausgenommen sei hier kurz, was der Zentralausschuß zum Ergebnis der 4. Vollversammlung von Faith and Order in Montreal beschlossen hat.

Die Entscheidung über Faith and Order

Anstelle des abwesenden neuen Vorsitzenden von Faith and Order, Professor Minear, über dessen negatives Urteil zu Montreal wir im letzten Jahrgang berichtet hatten (vgl. Herder-Korrespondenz 17. Jhg., S. 583 f.), trug der Sekretär, Pfarrer P. C. Roger, den amtlichen Bericht über den Verlauf der Konferenz von Montreal vor. Er kennzeichnete die überstandenen Schwierigkeiten und glättete wohl zu sehr die Probleme, die mit dem Ausgang der Konferenz aufgeworfen worden sind. Jedenfalls vermied er, die von früher her bekannten Forderungen nach einer organisatorischen Aufwertung von Faith and Order vorzutragen. Er sagte vielmehr zu, was zu erwarten war, daß die Kommission für Glaube und Kirchenverfassung auf ihrer nächsten Tagung auf Cypern im August 1964 ihre künftige Arbeitsweise sorgfältig überprüfen werde. Da der Bericht des Exekutivausschusses des Weltrates, des obersten Organs der Leitung, die „erhebliche Komplexität der theologischen Situation und das vielleicht zu umfassende Programm“ vermerkt hatte — der Grund, weshalb die Sektionsberichte von Montreal „nur als Berichte der Sektionen und nicht der Vollversammlung herausgehen können“ — und da auch hier eine Überprüfung der Arbeitsmethoden angeraten wurde, hat der Zentralausschuß eine sehr lakonische Resolution angenommen. Sie gibt die Verbreitung des Berichtes von Pfarrer Roger frei „nach entsprechender Überarbeitung“, sie dankt dem Präsidenten Dr. Minear für seine Arbeit, ersucht die Mitgliedskirchen des Weltrates, die von der Konferenz von Montreal herausgegebenen Dokumente sorgfältig zu studieren, und nimmt zur Kenntnis, daß Faith and Order 1964 auf Cypern seine Arbeitsmethoden überprüfen wird. Mehr war nicht zu erwarten.

Der Dialog der „Kirchen“ mit Rom

In Rochester nahm die Erörterung des künftigen Verhältnisses zu Rom einen sehr breiten Raum ein. Übrigens hatte das Sekretariat des Kardinals Bea zwei offizielle Beobachter entsandt in der Person von Gustave Weigel SJ vom Woodstock College (Md.), Konsultor des Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen, und John B. Sheerin CSP, New York, Herausgeber der Monatschrift der Paulistenväter „Catholic World“.

Die gesamte Thematik und auch die hernach zum Beschluß erhobenen Richtlinien kamen schon im Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs, Dr. Visser 't Hooft, zur Sprache. Er betonte, das Konzil sei in erster Linie „ein Konzil für die Erneuerung des Lebens in der römisch-katholischen Kirche und für die Revision ihrer Haltung gegenüber der modernen Welt“. Daraus könne ein dauernder Beitrag für die gesamte Christenheit werden. „Denn die Erneuerung in einer Kirche ist immer eine Herausforderung an die anderen Kirchen.“ Er verwies sodann auf das Gutachten von Pfarrer Dr. Lukas Visser, des Konzilsbeobachters des Weltrates, über die Erste Session des Zweiten Vatikanums.

(Wir geben seinen wichtigsten Teil an anderer Stelle dieses Heftes wieder, S. 43.) Vom Gesichtspunkt der allgemeinen Politik des Weltrates bemerkte er folgendes:

In einer Zeit raschen geistlichen Wandels komme ein gewisses Maß von Unsicherheit über die wirkliche Bedeutung dessen auf, was in und durch das Vatikanische Konzil geschehen ist und noch geschieht. Überbewertung wie Skepsis seien gleichermaßen falsch. „Was wir brauchen, sind vor allem Männer, die auf der einen Seite verstehen, daß der Heilige Geist in der neuen Selbstprüfung und Selbstkorrektur der römisch-katholischen Kirche am Werke ist und daß alle Kirchen davon lernen können, die aber andererseits auch verstehen, daß, wenngleich dadurch neue Gelegenheiten für Gespräche und Zusammenarbeit geschaffen werden, die grundsätzlichen Fragen, die uns voneinander getrennt halten, dennoch sehr handgreifliche Realitäten bleiben.“

Die lebenswichtige Frage sei daher in diesem Augenblick nicht die, „ob wir uns vereinigen können, sondern ob wir in einen echten Dialog miteinander eintreten können. Um einen Dialog zu haben, müssen wir uns über das Wesen des ökumenischen Dialogs zwischen *Kirchen* einigen.“ Hier sei zwar ein gewisser Fortschritt erzielt worden, aber es sei notwendig, über diesen Punkt mehr Klarheit zu bekommen. Was damit gemeint ist, hat Dr. Vischer als Forderung an Rom dargelegt. Visser 't Hooft tritt seinen Forderungen bei und erwartet wie dieser „Zusicherungen“, d. h. aber eine gewisse Anerkennung der Mitgliedskirchen des Weltrates als „Kirchen“ und irgendwie des Weltrates. Es kann hier nur am Rande vermerkt werden, daß Dr. 't Hooft dem Zentralaussschuß ein sehr ausführliches Gutachten über „Die Bedeutung der Mitgliedschaft im Weltrat der Kirchen“ vorgelegt hat, das die Frage begründet, wie dem Weltrat eine gewisse ekklesiologische Qualifikation zuzuerkennen sei, was in Montreal durch die Orthodoxen verhindert worden ist (vgl. Herder-Korrespondenz 17. Jhg., S. 585). Da dieses hochbedeutsame Dokument vom Zentralaussschuß entgegengenommen wurde mit dem Entscheid, es den Mitgliedskirchen zur Stellungnahme zuzuleiten und darüber Bericht zu geben, werden wir in einem der nächsten Hefte darüber ausführlich berichten. Denn hier zeichnet sich die künftige ekklesiologische Strategie ab. Was Faith and Order nicht bewältigte, scheint der Generalsekretär des Weltrates als Frucht seiner langbewährten Führungsweisheit noch vor seinem Scheiden aus dem Amt hinterlassen zu wollen.

Keine falschen Vergleiche!

Angesichts der Tatsache, daß die römisch-katholische Kirche jetzt „ein wichtiges Zentrum ökumenischer Aktivität und Initiative“ werde, und der damit verbundenen Rückwirkungen auf den Weltrat der Kirchen kommt der Generalsekretär auf frühere Warnungen zurück. Man sei nie der Meinung gewesen, der Weltrat sollte ein Monopol „in oecumenicis“ beanspruchen. Daß Rom heute ökumenische Verantwortung wahrnehme, sei nach auktoritativem römisch-katholischem Urteil zum Teil ein Ergebnis der Arbeit des Weltrates. Obwohl dadurch die Arbeit des Weltrates an gewissen Punkten schwieriger werde, „so haben wir doch Grund, uns der Tatsache zu freuen, daß der Sauerteig des ökumenischen Gedankens in allen Teilen der Christenheit wirksam ist“. Aber die Existenz verschiedener Zentren ökumenischer Initiative bringe besondere Gefahren und Versuchungen mit sich. „Eine Versuchung besteht zum Beispiel darin, die römisch-katho-

lische Kirche und den Weltrat als zwei analoge und miteinander vergleichbare Größen zu betrachten. Es geschieht sehr oft, daß in der einen oder anderen Weise die Vorteile oder Nachteile, die Erfolge oder Mißerfolge der römisch-katholischen Kirche und des Weltrates nebeneinandergestellt werden. Das aber ist ein irreführender Vergleich, denn jeder von beiden muß seinem eigenen Wesen entsprechend verstanden werden: die römisch-katholische Kirche als eine Kirche und der Weltrat der Kirchen als ein Rat von Kirchen . . .“

Eine weitere Gefahr liege darin, daß „ein Geist des Wettbewerbs“ zwischen den beiden Zentren ökumenischer Aktivität entsteht, etwa wenn der Eindruck erweckt wird, das Zweite Vatikanische Konzil sei das allerumfassendste Zentrum ökumenischer Aktivität, das jedes andere bisherige ökumenische Verständnis in den Schatten stelle. Oder wenn im Blick auf das Papsttum „Ansprüche aufgestellt werden über seine weltweite Rolle und seine führende Funktion in der gesamten Christenheit, welche die große Mehrheit der nicht-römischen Katholiken unmöglich akzeptieren kann. Solche Äußerungen können nur Reaktionen hervorrufen, die die neuen und sehr zerbrechlichen Verbindungen, die in geduldiger Arbeit errichtet worden sind, eher schwächen als stärken.“ Auch auf seiten des Weltrates müsse man sich vor ähnlichen Äußerungen hüten. Die Rolle des Weltrates der Kirchen sei mit nichts zu vergleichen, sein Ruf, alle Kirchen zusammenzuführen und die Einheit aller in ihrem gemeinsamen Glauben an Christus sichtbar zu machen, sei so groß und eine solch große Herausforderung, daß er für lange Zeit seine eigene Daseinsberechtigung habe.

Welche Zusammenarbeit mit Rom?

Zum Schluß gibt Dr. 't Hooft Anregungen, wie man mit der römisch-katholischen Kirche „zu einer größeren Zusammenarbeit in besonderen Fragen gelangen kann, die uns gemeinsam angehen“. Er rühmt die guten Beziehungen zum Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen und meint, es werde vom Ausgang der nächsten Session des Konzils abhängen, ob weitere Schritte unternommen werden und welches diese Schritte sein sollten. Er hält folgende drei Linien für bedeutungsvoll:

- „1. Gelegenheit für die Diskussion von theologischen und ekklesiologischen Fragen zu schaffen.
2. Gelegenheit für die Diskussion praktischer Fragen, wie der Probleme der Religionsfreiheit, der Mischehen, der Beziehungen in der Missionsarbeit und der Fragen des Proselytismus, zu schaffen.
3. Gelegenheiten für die Diskussion von Fragen zu schaffen, die das Zeugnis der Kirchen im Hinblick auf öffentliche und vor allem internationale Angelegenheiten betreffen.“

Diese Anregungen fielen beim Zentralaussschuß auf guten Boden, ebenso wie die von Dr. Lukas Vischer. Es wurde daher auf Vorschlag des Weisungsausschusses für Grundsatzfragen eine ausführliche Entschließung über die „Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche“ angenommen. Darin wird zunächst allen Beteiligten gedankt für die bisherige Zusammenarbeit mit Vertretern der römisch-katholischen Kirche, auch für die fruchtbaren und brüderlichen Beziehungen, die sich aus der Anwesenheit von Dr. Vischer auf dem Konzil ergeben haben. Der Zentralaussschuß erkennt, daß es dem Konzil in erster Linie um die Erneuerung der römisch-katholischen Kirche gehe, und er dankt Gott dafür, „daß die Erste Sitzungsperiode die

Sehnsucht nach einer Erneuerung des Lebens dieser Kirche und die tiefe seelsorgerliche Bemühung um alle Menschen klar zutage treten ließ“. Die Mitgliedskirchen des Weltrates mögen weiter beten, daß der römisch-katholischen Kirche auch fürderhin die Kraft des Heiligen Geistes geschenkt „und daß durch den gleichen Geist alle Kirchen zu neuem Leben erweckt werden“.

Die Bedingungen des echten Dialogs

Allerdings seien die großen Streitfragen über Glauben und Kirchenverfassung, die trennend wirkten, noch nicht gelöst oder auf dem Wege der Lösung, im Gegenteil, sie blieben Tatsachen. Man müsse das klar feststellen, „damit wir bei unseren Verhandlungen ehrlich bleiben“. Notwendig sei daher das echte Gespräch: „Wir drängen darauf, daß jede Gelegenheit wahrgenommen werde, dieses Gespräch auf jeder Ebene des Lebens der Kirchen weiterzupflegen und zu fördern.“ Nun werden Gedanken aus dem Konzilsgutachten von Dr. Vischer bestätigt: „Der Dialog, von dem wir sprechen, ist allein in der Selbstoffenbarung Gottes in Jesus Christus begründet. Er ist ein Gespräch zwischen den Kirchen, die einander im Bekenntnis zu demselben Herrn anerkennen, dieselbe Taufe haben und den Ruf zur Verherrlichung des einen Gottes, des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes, miteinander vernehmen.“ Man kann durch diese Sätze nicht nur die scharfen Vorbehalte von Dr. Hans-Heinrich Harms in Montreal gegenüber der Möglichkeit eines Dialogs mit Rom heraushören (vgl. Herder-Korrespondenz 17. Jhg., S. 585), sondern auch eine an die Einheitsformel von Neu-Delhi anknüpfende Bedingung gegenseitiger Anerkennung als Kirchen. Das ist eine sehr weitgehende Forderung: „Wir sehnen uns nach dieser Art des Gesprächs mit der römisch-katholischen Kirche, denn wir haben in unserer eigenen Gemeinschaft begonnen, die Fruchtbarkeit eines solchen Dialogs zu erfahren.“

Im nächsten Abschnitt der Resolution erscheint eine weitere Bedingung. Es heißt da, der Dialog diene nicht nur zur gegenseitigen Erbauung, „sondern auch dazu, daß wir ein besseres Zeugnis für Jesus Christus als den einen Herrn und Heiland der Welt ablegen“. Der Dialog müsse also im Hinblick auf die ungeheure missionarische Aufgabe der Kirche geführt werden: „Eine der unerlässlichsten Voraussetzungen für einen fruchtbaren Dialog ist die ehrliche Überprüfung der Missionstheorie und -praxis aller unserer Kirchen, damit wir einander nicht daran hindern, sondern vielmehr dazu helfen, wahre Zeugen Jesu Christi zu sein.“ Weitere Bedingungen folgen für einen wahren Dialog: „Sie schließen die Theorien und Praktiken hinsichtlich gemischter Ehen, Religionsfreiheit, Gewinnung neuer Anhänger und Wiedertaufe von Konvertiten anderer Kirchen ein.“ Wenn man diese Anstöße aus der Welt schaffe, werde der Weg frei sein, über grundsätzliche Glaubensfragen brüderlich zu verhandeln, und das sei die verantwortliche Aufgabe aller Kirchen.

Vier Konzilsbeobachter

Der Weltrat der Kirchen wolle dazu den Mitgliedskirchen helfen und sie über die neuesten Entwicklungen innerhalb der römisch-katholischen Kirche mit Informationen und Dokumenten versorgen, ihnen für ihre Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche die nötigen Mittel für Konsultationen und einen Informationsaustausch bereitstellen, schließlich ihnen die Mittel zu gemeinsamem Handeln in öffentlichen und internationalen Angelegenheiten dort

geben, wo sie gemeinsam mit der römisch-katholischen Kirche darüber sprechen sollten. Zum Schluß wird der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung empfohlen, bald nach Beendigung des Vatikanischen Konzils eine Gelegenheit zu schaffen, damit die Mitgliedskirchen sich über die Folgen dieses Konzils für den künftigen ökumenischen Dialog beraten können.

Abschließend sei gemeldet, daß der Zentralaussschuß des Weltrates der Kirchen diesmal vier Beobachter zum Konzil entsenden wird, und zwar den reformierten schweizerischen Pfarrer Dr. Lukas *Vischer*, Studiensekretär von Faith and Order in Genf, den griechisch-orthodoxen Theologen Dr. Nicos A. *Nissiotis*, Beigeordneter Direktor des Ökumenischen Instituts in Bossey, den anglikanischen Bischof John *Sadiq* von Nagpur, Indien, und den evangelischen Theologieprofessor Mosotoshi *Doi* von der Doshisha-Universität in Kyoto, Japan. Angesichts der Reserve, die sich der Zentralaussschuß 1962 in Paris bei der Beauftragung von Beobachtern noch auferlegt hat oder auferlegen mußte (vgl. Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 544 f.), ist das ein Fortschritt, den man dankbar begrüßen darf.

Was die oben erwähnten Bedingungen eines echten ökumenischen Dialogs und vor allem die gegenseitige Anerkennung als „Kirchen“ betrifft, muß daran erinnert werden, was das eigentlich bedeutet. Seit der 2. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen 1954 in Evanston ist unter dem Einfluß des südindischen Bischofs Lesslie Newbigin, später Vorsitzender des Internationalen Missionsrates, heute Beigeordneter Generalsekretär des Weltrates der Kirchen, daran erinnert worden, daß die Kirchen sterben müßten, weil keine im Vollsinn Kirche sei, damit die Eine Kirche entstehe. Seit dem Beitritt der Orthodoxen zum Weltrat auf der 3. Vollversammlung in Neu-Delhi 1961 wird von diesem Sterben nicht mehr so laut gesprochen, weil die Orthodoxen nicht daran denken, sich als eine Kirche des Übergangs zu verstehen oder als Fragmente von Kirchen. So scheint es, daß das Reden von der gegenseitigen Anerkennung einen Rückschritt bedeutet, ein Verbleiben im Zustand der Föderation, was Dr. 't Hooft oft genug verurteilt hat. Das ist aber nicht der Fall. Denn dieses gegenseitige Sich-Anerkennen gehört mit in den Prozeß des Sterbens, und eben daran soll nun auch die römisch-katholische Kirche teilnehmen. Das sei gesagt, „damit wir ehrlich bleiben“, wie es die Resolution des Zentralaussschusses mit Recht empfiehlt.

„Fragen an den Weltrat“

Der ehemalige Sekretär von Faith and Order, J. Robert *Nelson*, jetzt Professor für Theologie am Oberlin College, hatte in „The Christian Century“ (21. 8. 63) unter dem Titel „Questions for the World Council“ der Tagung des Zentralaussschusses in Rochester einige Fragen vorausgeschickt, die uns alle angehen. Darum sei einiges aus diesem Aufsatz zitiert. Nelson berichtet, daß sowohl Freunde wie Kritiker des Weltrates den Eindruck gewinnen, diese noch junge Gründung entfalte schon „eine Art Greisentum“. Sie gehöre zwar zum gewohnten kirchlichen Leben, aber sie reiße nicht mehr mit, wie damals, als sie von den Pionieren des Christlichen Studentenweltbundes geführt wurde. Es fehle an jungen Führungspersönlichkeiten von Format in den Leitungsgremien, obwohl man sie in Ausschüssen und Sekretariaten antreffe. Die unausbleibliche Folge sei, daß die heranwachsende Generation, Laien, Seminaristen und Pfarrer das Interesse verlieren. Man

könne zwar noch das gute Schiff „Oikoumene“ in schwerer See auf Fahrt halten. „Aber es gibt doch bestürzende Zeichen, daß verantwortliche Christen unter 35 Jahren wenig Neigung haben, sich nur ein Stück weit bei der ökumenischen Besatzung anheuern zu lassen.“ Nach dem Beitritt der Orthodoxen käme das Schlagwort auf: „Zurück nach Amsterdam!“ Auch sei ein bedenklicher Hang zu regionalen Gründungen in Asien und Afrika erkennbar. Die Vorschläge von Nelson interessieren hier weniger. Es mag genügen, zu wissen, daß von einem Mann der mittleren Generation, der ausgestiegen ist, solche alarmierenden Fragen in dem führenden Blatt des amerikanischen Protestantismus gestellt werden, ehe der Zentralausschuß zusammentrat, und daß sie erfreulich uninteressiert daran sind, wie man die römisch-katholische Kirche in die ökumenische Dynamik verwickeln könne, wovon ja Karl Barth deutlich gewarnt hatte (vgl. Herder-Korrespondenz 17. Jhg., S. 584). Das ist nun die zweite grundsätzliche Warnung, und es ist gut, sie zu hören.

Der Lutherische Weltbund in Helsinki

Vom 30. Juli bis 11. August 1963 tagte in der Hauptstadt Finnlands, Helsinki, die 4. Vollversammlung des 1947 in Lund gegründeten Lutherischen Weltbundes (LWB) unter der vielversprechenden Losung „Christus heute“. Es war eine neue, aber nicht befriedigende Etappe auf dem Wege, das gesamte Luthertum einzu-beziehen, von dem z. B. in den USA noch 3 Millionen abseits stehen (u. a. die Missouri-Synode), ferner die schon im Weltbund als einer freien Föderation vereinten lutherischen Kirchen, die trotz ihres gemeinsamen Bekenntnisses, der Augustana, keine durchgehende Abendmahlsgemeinschaft und erst recht keine Leihreinheit haben, enger zusammenzuführen. Ihre Stellung soll innerhalb des Weltrates der Kirchen gegenüber der seit Neu-Delhi drohenden Gefahr einer Auflösung der „konfessionellen Weltbünde“ gestärkt werden. Schließlich galt es, die sog. 51 Thesen von Minneapolis, der 3. Vollversammlung im Jahre 1957, über „Christus befreit und eint“ (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 443 f., und 12. Jhg., S. 68 f.) in eine klare Neuinterpretation der lutherischen Rechtfertigungslehre zu verwandeln. Da dieses Hauptziel leider mißlang, muß sich die Berichterstattung auf mehr periphere Fragen beschränken.

Manche Gründe für das Scheitern der von Landesbischof D. Lilje mit Leidenschaft und Klugheit geleiteten Diskussionsarbeit über das dogmatische Thema sind bereits den oben bezeichneten Berichten über Minneapolis zu entnehmen. Fachleute werden gut tun, sich das Studierendokument für Helsinki „Über die Rechtfertigung“ in deutscher Ausgabe beim Generalsekretariat des LWB in Genf (17, route de Malagnou) zu beschaffen. Eine Inhaltsangabe ist hier nicht sinnvoll, weil das Ergebnis der Ausschüßarbeiten von Helsinki schließlich von der Vollversammlung nicht einmal „entgegengenommen“ wurde, also auch nicht amtlich veröffentlicht ist, sondern an den Theologischen Ausschüß des LWB zur Wiedervorlage an die 5. Vollversammlung von 1969 zurückverwiesen wurde. Nach dem Urteil von Bischof Lilje war das eine schwere Fehlentscheidung.

„Eine Fehlentscheidung“

So begreiflich dieses Urteil von D. Lilje ist, so wenig scheint es verwunderlich, wenn man seinen vom Plenum

abgewiesenen Bericht über das Ergebnis der Ausschüßberatungen zur Rechtfertigungslehre nach seiner privaten und doch wohl protokollwidrigen Veröffentlichung in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (4. 9. 63., Beilage „Die Gegenwart“) studiert. In der Annahme, daß noch andere Veröffentlichungen, z. B. die wichtigsten Argumente der Diskussion, das Tageslicht erblicken werden, sehen wir von einer zusammenfassenden Würdigung des ganzen Komplexes vorerst ab. Aber eines sei doch an Hand des Wortlautes der Vorlage von D. Hanns Lilje bemerkt: Gestützt durch seine Feststellung im Abschnitt 9, es sei „ausgeschlossen, daß Christus seine Herrschaft auf eine ihn auf Erden repräsentierende Kirche oder Hierarchie überträgt“, wird im Abschnitt 10 und folgenden eine Lehre von der Rechtfertigung vorgetragen, die unter dem längst fälligen Einfluß neutestamentlicher Exegeten gut paulinisch, in einem entscheidenden Punkte auch fast tridentinisch, jedenfalls nicht im gewöhnlichen Verständnis lutherisch ist: „Die rechtfertigende Christustat kommt zuerst durch die heilige Taufe zu dem einzelnen Menschen . . . Der Ort, da sich die rechtfertigende Tat Gottes vollzieht, ist die Kirche . . . Der Mensch, der in der Taufe Gottes rechtfertigende Gnade in Christus empfangen hat, ist damit zu neuem Leben berufen . . .“ (16). Was selbst ein Katholik vermißt, ist die Rechtfertigung durch den Glauben, oder auch durch den Glauben des einzelnen. Das Tridentinum sagt bekanntlich in dem grundlegenden Kapitel 7 der Sessio VI: „ . . . Die werkzeugliche Ursache ist das Sakrament der Taufe“, fügt aber unmittelbar anschließend hinzu: „d. h. das Sakrament des Glaubens“ (Denz. 799).

Vielleicht erklärt diese paulinische Betonung der Taufe und der fides quae, warum der Bericht weitgehend von konservativen deutschen Theologen wie Peter Brunner und Ernst Sommerlath unter Führung von Landesbischof Hermann Dietzfelbinger, München, zu Fall gebracht wurde, u. a. mit dem Argument, es könne bei einer Entgegennahme des Entwurfs der Eindruck entstehen, als handele es sich um eine Lehräußerung, die dem föderativen Charakter des LWB widerspreche. Der Vorsitzende, Dr. Franklin Cl. Fry, entschuldigte dieses Versagen mit der Versicherung, die Mitglieder des LWB hielten unerschütterlich am Bekenntnis fest, sie hätten nur keinen gemeinsamen theologischen approach (Methode, Fragestellung) zu diesem Bekenntnis gefunden. Das sei auch nicht nötig!

Wenn das wirklich nicht nötig wäre, wozu wurde dann sechs Jahre an der Neuinterpretation der Rechtfertigungslehre gearbeitet? Wie nötig es ist, zeigte der bedeutende Eröffnungsvortrag von Prof. Gerhard Gloege, Bonn: „Gnade für die Welt“ (abgedruckt in wesentlichen Teilen vorerst in: „Evangelische Welt“, Nr. 16 vom 16. 8. 63, S. 466. Vgl. auch die gute Einführung von Heinz Zahrnt „Rechtfertigung im Weltaspekt“, in: „Sonntagsblatt“, 11. 8. 63). Die Rechtfertigungslehre muß allen Ernstes aus ihrer „Doktrinalisierung, Individualisierung und Spiritualisierung“ herausgelöst werden, wie Gloege zeigte. Dazu zwingt nicht nur der exegetische Befund, daß beim Apostel Paulus die Rechtfertigung durch den Glauben der Kirche ein Menschheitsgeschehen meint, sondern auch — wie es die Botschaft der Vollversammlung trotz widersprechender Stimmen schließlich doch zum Ausdruck brachte — die Tatsache, daß „der Mensch von heute nicht mehr fragt: Wie kriege ich einen gnädigen Gott? Er fragt radikaler, elementarer, er fragt nach Gott schlechthin: Wo bist Du, Gott?“

Besonders macht das kaum glaubliche Mißlingen einer Aktualisierung der lutherischen Rechtfertigungslehre die katholischen Gesprächspartner betroffen, und zwar nicht nur deshalb, weil der lutherische Partner nun schwerer identifizierbar wird. Es wird an diesem Fall auch deutlich, wie schwer das zu leisten ist, was Papst Johannes XXIII. vom Konzil generell als Aktualisierung der kirchlichen Lehre gefordert hat. Die erstmalig zu einer Vollversammlung des LWB entsandten offiziellen römisch-katholischen Beobachter, Prof. Joh. Witte SJ, Rom, Gregoriana, und Dr. Peter Bläser MSC, Paderborn, äußerten sich dankbar über die guten Kontakte, die man ihnen gewährt hatte, einer Beurteilung des Ergebnisses enthielten sie sich naturgemäß. Prof. Witte wurde zu einer Erklärung herausgefordert, ob seine Anwesenheit in Helsinki bedeute, daß Rom die „Lutherische Kirche“ — die ja nur als Vielzahl selbständiger Kirchen existiert — als „genuin christliche Kirche“ anerkenne. Er bejahte es, daß Rom „die verschiedenen Elemente der Kirche auch außerhalb der römisch-katholischen Kirche“ anerkenne, insofern auch eine lutherische Kirche, wenn auch „nicht auf der gleichen Ebene“.

Beschlüsse und Programme

Auf der umfangreichen Traktandenliste in Helsinki stand u. a. die Aufnahme von elf neuen Mitgliedskirchen, so daß der LWB jetzt auf 74 Gliedkirchen angewachsen ist. Neu hinzugekommen sind sechs afrikanische Kirchen, darunter die Kapkirche, sodann die lutherischen Kirchen in den Sowjetrepubliken von Lettland und Estland. Zu den wichtigeren Themen gehörten die Strukturfragen, die das Selbstverständnis des LWB und seine künftige Gestalt betreffen. Mit dem Ziel, aus einer Föderation von Kirchen mehr zur Kirche zu werden, wurde aber zur Verfassung des LWB nur beschlossen, durch Erweiterung des Artikels II neben der Augsburgischen Konfession und dem Kleinen Katechismus Luthers auch die drei altkirchlichen Bekenntnisse als Lehrgrundlage zu nennen. Diese Änderung tritt jedoch erst 1964 in Kraft, falls bis dahin weniger als ein Drittel der 74 Mitglieder Bedenken anmelden sollten. Eine weitere Änderung schreibt vor, daß die Vollversammlung künftig nicht alle fünf, sondern alle sechs Jahre zusammentritt. Bezüglich der fehlenden Abendmahlsgemeinschaft soll das Exekutivkomitee Untersuchungen anstellen, wie man diesen Mißstand überwinden könne.

Es fehlte nicht an reichen Diskussionen über die Fragen der Weltpolitik. D. Lilje erhob die im lutherischen Raum sehr mutige Forderung, es sei höchste Zeit, aus den „Harmlosigkeiten allgemeiner theologischer Kommentare“ herauszutreten und die Frage einer neuen Interpretation der Lehre von den Zwei Reichen anzufassen, deren Auswirkungen sich in Deutschland in der Frage der Obrigkeit zeige. Zu Entschlüssen kam es in der Frage des Moskauer Abkommens über die Einstellung der Atomtests, das „mit Erleichterung und Hoffnung“ begrüßt wurde, in der Frage der Entwicklungshilfe, die gefördert werden solle, und gegen alle Rassendiskriminierungen. Hier solle jede Kirche auf Ordnung in den eigenen Gemeinden schauen. Nicht unerwähnt bleiben möge, daß die Vollversammlung sich für das Recht auf Glaubensfreiheit einsetzte, das auch „das Recht einschließen sollte, an einer internationalen Versammlung christlicher Kirchen teilzunehmen“. Gemeint war das Fehlen von 28 Delegierten aus den lutherischen Kirchen der Sowjetzone, die keine Aus-

reisegenehmigung erhalten hatten. Für die Delegierten aus der Bundesrepublik war es ein besonderes Erlebnis, mit den übrigen 34 lutherischen Delegierten aus der Zone wieder einmal auf fremden Boden zusammentreffen zu können.

Ökumenisches Forschungsinstitut

Die schon in Minneapolis geplante Gründung eines „Konfessionskundlichen Instituts“, dessen Vorstadium durch Prof. Kr. Skydsgaard, Kopenhagen, wahrgenommen wurde, führte nunmehr zu einer „Stiftung für ökumenische Forschung“. Die Rechtsform der Stiftung soll dem Institut die Unabhängigkeit seiner wissenschaftlichen Forschung sichern und auch den nicht zum LWB gehörenden Kirchen die Möglichkeit der Mitarbeit öffnen. Zunächst sollen Lehre und Praxis der römisch-katholischen Kirche behandelt werden, später wird das Arbeitsprogramm auf andere Konfessionen ausgedehnt. Für den Sitz des Instituts wurde schon in Helsinki nicht mehr an Kopenhagen, an eine deutsche Universitätsstadt oder gar an Rom gedacht, sondern an Straßburg, weil an der dortigen Theologischen Fakultät nicht nur die lutherische, sondern auch die reformierte Theologie gelehrt werde, weil man in unmittelbarer Nachbarschaft zur katholischen Kirche lebe und Straßburg die zweitgrößte Universitätsbibliothek Frankreichs nächst Paris besitzt. Inzwischen hat der Exekutivausschuß sich für Straßburg entschieden und D. Dietzfelbinger zum Präsidenten der Stiftung berufen.

Neuwahlen

Der Präsident des LWB für die nächsten sechs Jahre und das Exekutivkomitee wurden neu gewählt. An die Stelle des bisherigen Präsidenten Dr. Fry trat wiederum ein Amerikaner, der 62jährige Präsident der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika und stellvertretende Vorsitzende der Kommission des LWB für Weltmission, Dr. Frederick Axel Schiøtz, Minneapolis. Für seine Wahl war entscheidend, daß er das Vertrauen der Jungen Kirchen, besonders in Afrika, hat. Damit ist auch der künftige missionarische Kurs des LWB präjudiziert, was vermutlich ein Zurücktreten der „kontinentalen Theologie“ zur Folge haben dürfte. In dem neuen Exekutivausschuß, der mit dem Präsidenten zwanzig Mitglieder zählt, sind die deutschen Kirchen mit fünf Sitzen vertreten, durch den Schatzmeister Oberkirchenrat Dr. Rudolf Weeber, Stuttgart, und die Landesbischöfe Dr. Hermann Dietzfelbinger, München, D. Friedr. W. Krummacher, Greifswald, D. Hanns Lilje, Hannover, sowie Oberkirchenrat Wolfgang Schanze, Weimar. Vier Repräsentanten stellen die lutherischen Kirchen in Asien und Afrika (bisher nur drei). Unter den Missionsprojekten wurde der weitere Ausbau des Senders „Stimme des Evangeliums“ in Addis Abeba beschlossen, damit er den ganzen afrikanischen und asiatischen Raum erreichen kann.

Aus der jüdischen Welt

Die Judenmission in Israel Die christliche Missionstätigkeit unter den Juden im Staate Israel hat schon immer den Unwillen weiter Kreise der jüdischen Bevölkerung erregt. Besonders aber während der letzten Jahre gibt es neben der stillschweigenden Ablehnung eine organisierte Agitation der religiösen Parteien, d. h. des ortho-